

Jahresbericht 2022



Auswertung und Chronik

Register Reinickendorf
zur Erfassung extrem rechter
und diskriminierender Vorfälle



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung





Was ist das Register?

Das Register ist eine Dokumentationsstelle für extrem rechte und diskriminierende Vorfälle, die sich in Reinickendorf ereignen. Die Koordinierungsstelle des Registers erhält Meldungen von Vorfällen, prüft sie auf Plausibilität und veröffentlicht sie in einer Online-Chronik. Einmal im Jahr werden die Vorfälle qualitativ und quantitativ ausgewertet. Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken bezieht das Register nicht nur strafrechtlich relevante Handlungen wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Angriffe mit ein, sondern auch niedrighschwellige Vorfälle wie Aufkleber und diskriminierende Äußerungen oder Handlungen. Häufig wollen Betroffene keine Anzeige erstatten. Die Dokumentation dieser Vorfälle durch das Register gibt ihnen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und nicht damit allein bleiben. Bei der Veröffentlichung wird darauf geachtet, dass die Betroffenen anonym bleiben können.

Was ist das Ziel der Registerarbeit?

Ziel des Registers ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Aktivitäten auf lokaler Ebene, sondern das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag. Lokale demokratische Akteur*innen erhalten so zeitnah Informationen über die Entwicklungen im Bezirk und können besser dagegen vorgehen. Mittels Öffentlichkeitsarbeit wird die Bevölkerung des Bezirks für das Thema extreme Rechte und verschiedene Formen von Diskriminierung sensibilisiert.

Seit wann gibt es das Register?

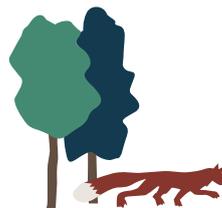
Die Idee der bezirklichen Register entstand 2005 in Pankow. Nach und nach entstanden Registerstellen in allen Berliner Bezirken. In Reinickendorf nahm das Register im Jahr 2015 seine Arbeit auf. Seitdem wurde ein bezirkliches Netzwerk aufgebaut, das kontinuierlich erweitert wird.

Wer finanziert das Register?

Das Register wird durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung finanziert

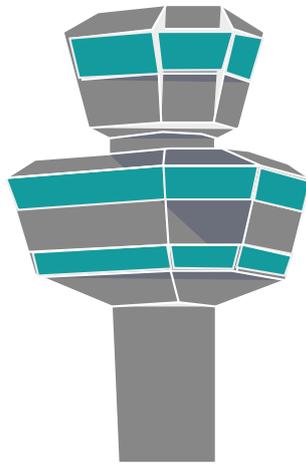
Wie kann ich einen Vorfall melden?

Vorfälle werden von Betroffenen und Zeug*innen gemeldet. Dafür können verschiedene Anlaufstellen, die über den Bezirk verteilt sind, genutzt werden. Das Register kann telefonisch, via Mail, Twitter oder Messenger erreicht werden. Vorfälle können auch über ein Formular auf unserer Website www.berliner-register.de gemeldet werden. Weitere Informationen über die Arbeit aller Berliner Register in anderen Sprachen gibt es ebenfalls auf dieser Website. Alle Möglichkeiten, mit dem Register Reinickendorf Kontakt aufzunehmen, finden sich am Ende dieser Broschüre.



Auswertung

Das Register Reinickendorf dokumentiert seit 2015 extrem rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk Reinickendorf. Seit 2017 pendelt die Gesamtzahl der in Reinickendorf gemeldeten Vorfälle um einhundert. Im Jahr 2022 lag sie mit 102 wieder leicht darüber (2021: 97). Wie im Vorjahr spielte sich der Löwenanteil der Vorfälle im öffentlichen Raum, in Bildungseinrichtungen und in Behörden ab (2022: 100; 2021: 95). Online-Vorfälle machten dagegen nur einen Bruchteil aus (2022: 3; 2021: 2). Reinickendorf ist nach Spandau der Bezirk mit den wenigsten Vorfällen. Die Gesamtzahl bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau anderer westlicher wie Tempelhof-Schöneberg oder Steglitz-Zehlendorf. Die Zahl von Propagandavorfällen liegt in Reinickendorf im Vergleich zu den meisten anderen Bezirken in absoluten Zahlen und auch anteilig besonders niedrig (40 %), so dass andere Vorfallsarten stärker ins Gewicht fallen.



Vorfallsarten

Im Bereich der **Strukturellen Benachteiligung** verdoppelte sich die Zahl der Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr (2022: 22, 2021: 10). Dieser Anstieg geht vor allem auf die gestiegene Zahl von Meldungen im Bereich

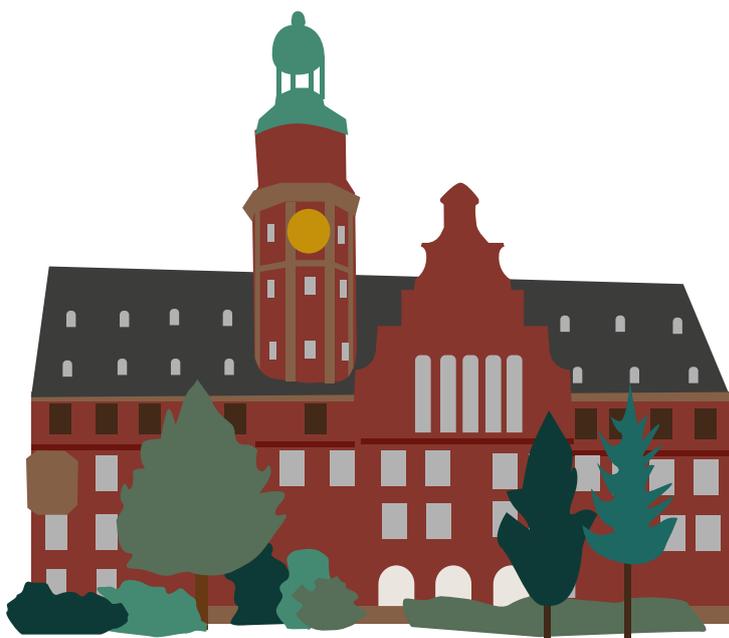
Antiziganismus (9 Vorfälle) u. a. durch unseren Kooperationspartner Amaro Foro zurück. Allein 7 Vorfälle fanden am **Ankunfts-zentrum Tegel** statt, das seit März 2022 als zentrale Registrierungsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin fungiert. Bei nicht-weißen Personen, legten Mitarbeiter*innen des Landesamts für Flüchtlinge und der Polizei strengere Maßstäbe an als bei weißen Geflüchteten, z.B. bei der Anerkennung von Dokumenten und von Gründen für die Registrierung in Berlin. Sie wurden auch durch Mitarbeiter*innen des Sicherheitsdienstes schlechter behandelt als Weiße. Besonders Familien, die als Rom*nja wahrgenommen wurden, wurden behandelt, als seien sie ein Sicherheitsrisiko. Eine Familie inklusive Mutter mit Baby wurde beispielsweise bei ihrer Ankunft eingekesselt. Im Fall von Geflüchteten überschneiden sich auch verschiedene Diskriminierungsformen. So wurde ein aus der Ukraine geflüchteter Mann afrikanischer Herkunft am Ankunftszentrum Tegel sowohl rassistisch als auch homofeindlich diskriminiert. In 2 Fällen wurden Geflüchtete auch durch die Betreiber*innen ihrer Gemeinschaftsunterkunft diskriminiert.

Als strukturelle Benachteiligung wurde auch die meist antiziganistisch motivierte **Verweigerung von Leistungen** durch Behörden (3 Vorfälle) oder Beratungsstellen (1 Vorfall) gefasst. **Schüler*innen** verschiedener Schulformen waren durch die Nicht-Anerkennung ihrer Trans-Identität (2 Vorfälle) oder eine rassistische Gesprächskultur in der Lehrer*innenschaft (1 Vorfall) betroffen. Darüber hinaus wurde ein Vorfall in der



Kategorie **Sonstiges** erfasst (2021: 0). Dabei handelt es sich um die Erfahrung eines Schwarzen Grundschulkindes, dass andere Kinder nicht mit ihm spielen durften.

Die Zahl der **Angriffe** lag mit insgesamt 10 weiter auf dem seit 2015 erhöhten Niveau (2021: 8). Dies ist umso besorgniserregender, da wie im Vorjahr zusätzliche Zahlen des Landeskriminalamtes nicht in die Chronik eingeflossen sind. 6 Angriffe waren rassistisch, 2 schwulenfeindlich motiviert und 2 richteten sich gegen politische Gegner*innen. Sie ereigneten sich meist im Bereich von Gehwegen (6 Vorfälle), teilweise auch in Geschäften (2 Vorfälle) und im öffentlichen Nahverkehr (2 Vorfälle). Meist ging die Gewalt von einzelnen Männern (4 Vorfälle) oder Männergruppen (3 Vorfälle) aus. Auffällig ist, dass die Täter*innen oft auch ältere Frauen (2 Vorfälle), Babys, Kinder und Jugendliche (3 Vorfälle) angriffen, die ihnen **körperlich unterlegen** waren. In einem Fall wurden beispielsweise zwei 59- und 83-Jährige getreten, nachdem sie einem schwulen Pärchen zu Hilfe gekommen waren, das zuvor von einer Gruppe Jugendlicher beleidigt worden war. In einem anderen Fall bespuckte ein Mann, ebenfalls aus einer Gruppe heraus, nicht nur eine Mutter aus rassistischen Motiven, sondern auch das im Wagen liegende Baby. In zwei anderen



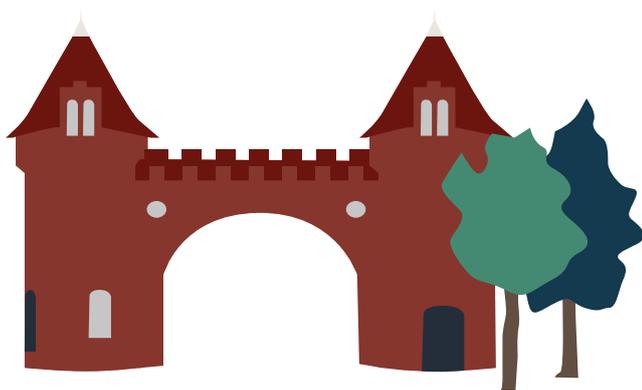
Fällen ging die Gewalt von jeweils einem Mann und einer Frau aus. Darüber hinaus wurden die Kinder der Betroffenen bzw. des Täters zweimal Zeug*innen der Gewalt. Die Zahl verbaler Anfeindungen wie **Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien** sank leicht (2022: 24; 2021:29). Hier waren die meisten Vorfälle rassistisch (13 Vorfälle) und LGBTIQ*-feindlich (7 Vorfälle) motiviert. Der Großteil fand in Grund- und Oberschulen statt (11 Vorfälle).

Auch Propaganda und Sachbeschädigungen gingen zurück auf 41 (2021: 44) bzw. 2 (2021: 6) Vorfälle. Dem Bereich **Sachbeschädigungen** wurde das mehrfache Zerschneiden einer Regenbogenfahne eines Kindergartens im Märkischen Viertel sowie ein antisemitisch motivierter Brandanschlag auf eine Wohnanlage zugeordnet. Die dokumentierte **Propaganda**, wie Aufkleber, Schmierereien, Online-Posts oder Anträge in der Bezirksverordnetenversammlung, war in erster Linie rassistisch motiviert (18 Vorfälle). Darunter waren 7 Vorfälle, die Ressentiments gegen Geflüchtete schürten. Es folgten Rechte Selbstdarstellung (10 Vorfälle), die Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus (6 Vorfälle), darunter dreimal Hakenkreuze, und LGBTIQ*-feindliche Propaganda (4 Vorfälle).

Für 2022 wurden in Reinickendorf nur 2 **Veranstaltungen** dokumentiert (2021: 0). Im Juni gedachten Aktivist*innen der Neonazikleinpartei Der III. Weg der Toten des Aufstandes von 1953 und gaben Kleiderspenden in einem Umsonstkaufhaus ab. Beide Aktionen richteten sich nicht an ein großes Publikum, sondern dienten in erster Linie der Selbstdarstellung auf der eigenen Website.

Motive der Vorfälle

Das Hauptmotiv stellte wie in den Vorjahren **Rassismus** in seinen verschiedensten Schattierungen dar. Die Zahl rassistisch motivierter Vorfälle stieg stark (2022: 56; 2021: 37). Die Vorfälle in der Unterkategorie allgemeiner Rassismus erhöhten sich leicht (2022: 28, 2021: 23). Während die Zahl antimuslimisch-rassistisch motivierter Vorfälle etwa gleich blieb (2022: 3, 2021: 4), stiegen Vorfälle, die durch Anti-Schwarzen Rassismus (2022: 13, 2021: 10) und Antiziganismus (2022: 12; 2021: 1) motiviert waren, jeweils auf den



höchsten Wert seit Beginn der Dokumentation. Damit lagen rassistische Vorfälle insgesamt wieder auf dem Vor-Corona-Niveau. Der vorübergehende Rückgang der Vorfälle in diesem Bereich zeigt vor allem, dass durch die Pandemie und den damit eingeschränk-

ten Zugang zu Beratungsangeboten viele Vorfälle offenbar nicht dokumentiert wurden. Auch die Zahl der **trans- homo- und queerfeindlichen Vorfälle** steigerte sich weiter gegenüber den Vorjahren (2022: 16; 2021: 12). Dies spiegelt einen berlinweiten Trend, der mit der gestiegenen Hetze gegen homosexuelle, trans und queere Personen zusammenhängt. Jeweils 4 der Vorfälle lassen sich genauer als schwulen- und transfeindlich einordnen.

Vorfälle, die sich gegen **Politische Gegner** richteten (2022: 7; 2021: 13) sowie den **Nationalsozialismus** verherrlichten oder verharmlosten (2022: 10; 2021: 6) sanken. Bei den Motiven war der Rückgang in Reinickendorf besonders stark im Bereich Antisemitismus (2022: 2; 2021: 9). Im Unterschied zum Vorjahr sind keine antisemitisch motivierten Beleidigungen im öffentlichen Raum gemeldet worden (2021: 4).

In den Bereichen **Rechte Selbstdarstellung**, (2022: 12; 2021: 13), **Behinder-tenfeindlichkeit** (2022: 3; 2021: 2) und **Sozialchauvinismus** (2022: 0; 2021: 1) bewegten sich die Zahlen auf dem Niveau des Vorjahres. Die Vorfälle im Bereich Rechte Selbstdarstellung umfassten vor allem Aufkleber, die für verschiedene extrem rechten Organisationen, Onlinehandelsseiten und Medien warben.

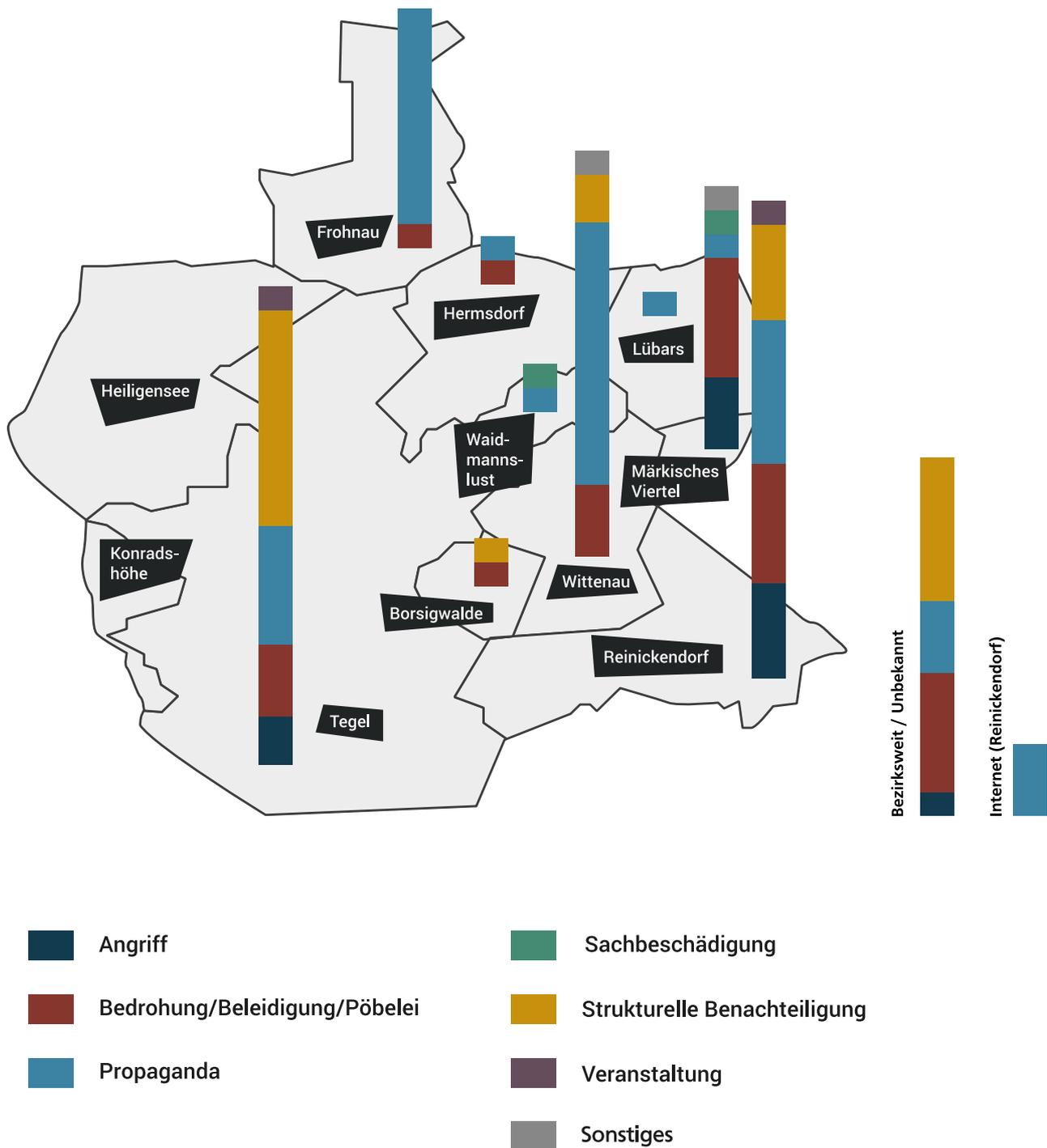
Verteilung auf die Ortsteile

Die Verteilung auf die Ortsteile folgt den Mustern der Vorjahre, allerdings lagen nun fünf von elf Ortsteilen im zweistelligen Bereich statt bisher drei oder vier. Die meisten Vorfälle wurden für die Ortsteile **Reinickendorf und Tegel** dokumentiert (jeweils 2022: 20; 2021: 25). Obwohl die Zahl struktureller



Benachteiligung aufgrund der Lage des Ankunftszentrums in Tegel stieg, sank die Zahl der Vorfälle im Ortsteil insgesamt, weil Propagandavorfälle zeitgleich stark abnahmen. **Wittenau** lag mit 16 Vorfällen auf dem dritten Rang (2021: 16). Ein Teil davon hängt mit der Lage des Rathauses in Wittenau zusammen: Drei Vorfälle betrafen Diskussio-

nen in der Bezirksverordnetenversammlung, zwei strukturelle Benachteiligung im Sozialamt. Im Märkischen Viertel stiegen die Vorfälle und näherten sich wieder dem Niveau der Jahre vor 2019 (2022: 11; 2021: 3) In den Ortsteilen mit den meisten Vorfällen gibt es auch die meisten gewaltsamen und verbalen Übergriffe im öffentlichen Raum.



Drei von 6 rassistisch motivierten Angriffen ereigneten sich im **Märkischen Viertel**, zwei in Reinickendorf-Ost. In einem Fall ist der Ortsteil unbekannt. Zwei schwulenfeindliche Angriffe fanden ebenfalls im Ortsteil Reinickendorf statt. Unter anderem wurde ein ukrainischer Flüchtling in einer Drogerie am Kurt-Schumacher-Platz von zwei Männern schwulenfeindlich beleidigt und



bewusstlos geprügelt. Am Rande von Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Alt-Tegel wurden im Februar 2022 zweimal Gegendemonstrant*innen angegriffen, darunter eine 72-Jährige. Auch die meisten verbalen Anfeindungen fanden im Märkischen Viertel und in Reinickendorf statt (jeweils 5 Vorfälle), gefolgt von Tegel

und Wittenau (jeweils 3 Vorfälle). In **Frohnau** stieg die Zahl der Vorfälle weiter (2022: 10; 2021: 7), was vor allem auf eine steigende Zahl von Neonazi-Aufklebern mit Slogans wie „white lives matter“ oder „NS-Zone“ (6 Vorfälle) zurückgeht. In den übrigen, durch Wohngebiete bzw. die Lage am Stadtrand geprägten Ortsteilen lag die Zahl der Vorfälle auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre (Borsigwalde: 2 (2021: 0), Heiligensee: 0 (2021: 1), Hermsdorf: 2 (2021: 2), Konradshöhe: 0 (2021: 0), Lübars 1 (2021: 2) Waidmannslust: 2 (2021:3)). In 15 Fällen betraf der Vorfall den ganzen Bezirk, der Ortsteil blieb unbekannt oder wurde zum Schutz der Betroffenen anonymisiert (2021: 12).



Chronik



JANUAR 2022

5. Januar

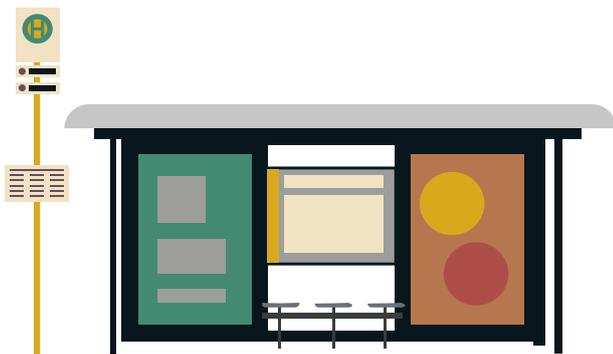
Ein Mitglied der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf äußerte sich auf Facebook NS-verharmlosend, indem es die aktuelle Impfpolitik mit nationalsozialistischen Konzentrationslagern in Verbindung brachte.

14. Januar

An einer Schule in Wittenau wurde ein Aufkleber einer neonazistischen Organisation mit queerfeindlichem Inhalt entdeckt.

21. Januar

Sechs Politiklehrer*innen des Tegeler Humboldt-Gymnasiums erhielten an sie persönlich adressierte Drohbriefe. Darin wurde ihnen vorgeworfen, Kinder zu foltern, indem die Maskenpflicht in Schulen durchgesetzt wurde. Die Verfasser*innen kündigten an, von ihrem im Grundgesetz verankerten Widerstandsrecht Gebrauch zu machen, da „der komplette Staat durch die Altparteien korrumpiert“ sei. Der Begriff „Altparteien“ deutet darauf hin, dass die Verfasser*innen der Drohschreiben im extrem rechten Spektrum der Corona-Leugner*innen zu verorten sind. In der Vergangenheit hatte die Schule bereits mehrfach anonyme Briefe erhalten, in denen die Corona-Schutzmaßnahmen der Schule hart kritisiert wurden.



25. Januar

Gegenüber vom Rathaus Reinickendorf wurde in einer Grünanlage ein Neonazi-Aufkleber bemerkt und entfernt. Der Slogan des Aufklebers „Schütze Europa“ nahm auf die rassistische Vorstellung Bezug, eine vermeintlich homogene weiße Bevölkerung Europas werde durch Migrant*innen bedroht.

FEBRUAR 2022

2. Februar

Im Märkischen Viertel wurde ein Fahrer der Buslinie 122 aus rassistischen Motiven angegriffen. Nach Angaben des 54-Jährigen bat er an der Haltestelle Wilhelmsruher Damm / Dannenwalder Weg gegen 17:50 Uhr einen Fahrgast, auf sein Kind aufzupassen, damit dieses nicht ständig den Halteknopf drückt, ohne aussteigen zu wollen. Der Mann habe den Busfahrer daraufhin rassistisch beleidigt und gegen die geöffnete Trenntür der Fahrerkabine getreten. Die Verglasung zersplitterte und Glassplitter verletzten den Busfahrer leicht an einer Hand. Der Angreifer konnte ohne Feststellung seiner Identität entkommen.

7. Februar

Am Rande eines sogenannten „Spaziergangs“ von Impfgegner*innen am Abend in Alt-Tegel wurden Gegendemonstrierende angegriffen. Mehrere Hundert Personen demonstrierten unter dem Motto „Tegel steht auf“ gegen Corona-Maßnahmen. Darunter waren auch Anhänger*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“, die mit Transparent und Flyern warben. Ein junger Teilnehmer der Demonstration ging hinüber zur Gegenkundgebung auf der anderen Seite der Berliner Straße, beleidigte die Teilnehmenden und schlug einer Person mit einem Schild auf den Kopf.

14. Februar

Am Rande einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen wurde eine 72-jährige Gegendemonstrantin angegriffen. Ein Mann schubste sie, so dass sie stürzte. Sie erlitt eine Platzwunde am Kopf und Prellungen an Kopf, Schulter und Handgelenk. Außerdem wurde ihre Brille beschädigt. Der Täter wurde mit Hilfe einiger Passant*innen gestellt, so dass die Polizei die Personalien feststellen konnte. Mehrere Umstehende halfen bei der Versorgung der Betroffenen.

15. Februar

In der Berliner Straße in Tegel wurde ein Aufkleber bemerkt und entfernt, der den Nationalsozialismus verharmloste. Durch den Bezug auf die Gruppe Weiße Rose, die im Nationalsozialismus Widerstand leistete, wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.



15. Februar

An einem Briefkasten an der Kreuzung von Zerndorfer Weg und Zeltinger Straße in Frohnau wurde ein Aufkleber eines Neonazi-Versands bemerkt, der Corona-Impfungen als eine tödliche Gefahr darstellte.

15. Februar

Ein Angestellter einer Unterkunft für obdachlose Familien in Reinickendorf rief bei einer Anlaufstelle an, die die Familie beraten sollte. Über die Familie sagte er sinngemäß, „dass sie Roma sind, aber eine sehr nette Familie“.

Ankunftszentrum Tegel:

Im Frühjahr 2019 wurde das zentrale Berliner Ankunftszentrum auf dem Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Wittenau eröffnet. Dort müssen sich Personen, die in Berlin Asyl beantragen wollen, registrieren. Es gibt auch eine Übergangs-Unterkunft. Als nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zeitweise mehrere Tausend Flüchtlinge aus der Ukraine pro Tag in Berlin ankamen, reichten die Kapazitäten des Ankunftszentrums nicht mehr aus. Seit dem 20. März 2022 wurden Flüchtlinge aus der Ukraine in einem getrennten Ankunftszentrum in den ehemaligen Terminals A und B des Flughafens registriert.

16. Februar:

In einer Reinickendorfer Gemeinschaftsunterkunft kam es zu einer antiziganistisch motivierten Diskriminierung. Ein Teil einer aus Moldau stammenden Familie musste ohne Begründung aus der Unterkunft ausziehen, die von einem Sozialen Träger betrieben wird. Ein pflegebedürftiges Familienmitglied blieb zunächst ohne die pflegenden Angehörigen in der Gemeinschaftsunterkunft zurück und durfte ein paar Tage später zum Rest der Familie nachziehen. Die gesamte Familie war dann in einer Erstaufnahmeunterkunft untergebracht. Bemühungen, wieder in eine Gemeinschaftsunterkunft zu ziehen, blieben erfolglos. Die pflegebedürftige Person ist aufgrund der

schlechten Gesundheit auf eine besondere Ernährung angewiesen. In der Erstaufnahme ist es jedoch verboten, selbst zu kochen. Die Behandlung durch den Sozialen Träger der Gemeinschaftsunterkunft kann daher auch als behindertenfeindliche Diskriminierung eingestuft werden.



18. Februar

An einer Schule in Wittenau wurde erneut ein Aufkleber eines Neonazi-Versands bemerkt. In Text und Bild wurde darauf gedroht, Antifaschist*innen zu erschließen.

18. Februar

Auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofs Rathaus Reinickendorf in Wittenau wurden zwei Hakenkreuze bemerkt und teilweise überklebt. Sie waren mit einer schmierigen Substanz an einer Wand angebracht worden.

25. Februar

In der Nähe der Emil-Fischer-Schule in der Cyclopstraße in Wittenau wurde ein Aufkleber eines Neonazi-Versands mit der Aufschrift „Das ist Bautzen! Nicht der Görlitzer Park!“ bemerkt. Durch die Gegenüberstellung der beiden symbolisch aufgeladenen Orte wurde eine Bedrohung der vermeintlich homogenen deutschen Gesellschaft durch Migration suggeriert.

MÄRZ 2022

1. März

Im Falkentaler Steig Ecke Hohenzollernstraße in Hermsdorf wurde ein rassistischer Aufkleber mit dem Slogan „Berlin bleibt deutsch“ bemerkt und entfernt.

12. März

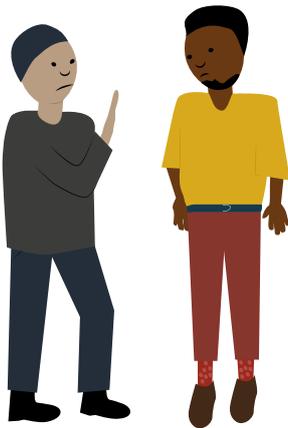
Auf einem Schild im Kienhorstpark in Reinickendorf-Ost wurden in der Nähe des Paracelsus-Bads kleine Aufkleber mit dem Logo der extrem rechten „Identitären Bewegung“ bemerkt und überklebt.

15. März

In der Veitstraße in Tegel wurde ein Aufkleber bemerkt und entfernt, der den Nationalsozialismus verharmloste. Durch den Bezug auf die Gruppe Weiße Rose, die im Nationalsozialismus Widerstand leistete, wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

18. März

Eine Beratungsstelle für Arbeitsrecht in Reinickendorf schickte einen Klienten zu einer Sozialberatungsstelle.



In einem Begleitschreiben bezeichnete sie ihn als einen Rom, obwohl diese Information in keiner Weise eine Bedeutung für das Verstehen des Falles hatte.

19. März

In Reinickendorf hat sich ein antiziganistischer Vorfall ereignet. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

22. März

Ein Lehrer einer Reinickendorfer Schule meldete, dass bei einer Auseinandersetzung zwischen Schüler*innen einer der Schüler antiziganistisch beschimpft wurde.

24. März

Im Märkischen Viertel wurden eine Mutter und ihr Baby rassistisch angegriffen. Die 30-Jährige war mit ihrem Baby im Kinderwagen auf dem Gehweg der Königshorster Straße unterwegs, als sie gegen 14 Uhr durch eine Gruppe von Männern lief. Einer der Männer beleidigte sie rassistisch und spuckte sie an. Danach spuckte er in den Kinderwagen. Er und seine Begleiter entfernten sich im Anschluss. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelte.

28. März

Nachdem sich eine Person bei einem Paketdienst darüber beschwert hatte, dass ein Paketzusteller den behinderten Sohn bei der Zustellung eines Paketes beschimpft hatte (Vorfall von 6. Dezember 2021), wurden monatelang diverse Pakete nicht mehr zu-

gestellt. Zur Begründung hieß es, die Adresse sei „unzustellbar“ oder Pakete seien nicht im Paketshop abgeholt worden. Die Paketbot*innen hatten jedoch nie an der Wohnung geklingelt und auch keine Benachrichtigungen hinterlassen. Angesichts des vorangegangenen Konflikts handelt es sich hierbei um eine fortgesetzte behindertenfeindliche Diskriminierung durch den Paketdienst.

APRIL 2022

1. April

In Reinickendorf kam es zu einer antiziganistisch motivierten Verweigerung von Leistungen durch die Soziale Wohnhilfe, die zum Bezirksamt gehört. Ein rumänischer Mann stellte dort einen Antrag auf Unterbringung nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), weil er und seine Familie obdachlos waren. Behördenmitarbeiter*innen verwiesen ihn an die Rückreise nach Rumänien. Sie verstießen damit gegen die Rechtsauffassung des europäischen Freizügigkeitsgesetzes und des Diskriminierungsverbotes gegenüber EU-Bürger*innen. Zudem wurde auf den Zweck der Einreise verwiesen, der allerdings bei der Prüfung der Unterbringung nach ASOG unerheblich ist. Zum Schutz der Betroffenen wurde das Datum des Vorfalls anonymisiert.

5. April

Am Ludolfingerplatz in Frohnau wurde an einem Stromkasten eine antisemitische Schmiererei bemerkt, die Bezug auf den Freimaurer-Verschwörungsmythos nahm.

6. April

In der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung wurde eine Beschlussempfehlung vom November 2020 diskutiert, in der die AfD forderte, das Bezirksamt solle gegenüber dem Senat „dem Bau einer MUF im Umfeld des Paracelsus-Bades nicht zustimmen“. Ein Vertreter der AfD-Fraktion relativierte zwar angesichts der rasant steigenden Zahlen von Ukraine-Flüchtlingen seinen Standpunkt, es fehlten keine Flüchtlingsunterkünfte, sondern eine stringendere Abschiebe- und Einwanderungspolitik. Der Standort am Paracelsusbad sei jedoch ungeeignet, weil Denkmalschutz und alte Bäume gefährdet würden und einer ohnehin problembehafteten Gegend „zusätzliche Belastungen“ auferlegt würden. Vertreter*innen anderer Fraktionen teilten ähnliche Argumente gegen den Standort, betonten jedoch die



Notwendigkeit einer langfristigen menschenwürdigen Unterbringung und fehlende Alternativstandorte. Auch wenn die Reinickendorfer AfD die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten nicht pauschal ablehnte, können Antrag und Diskussionsbeitrag weiter als flüchtlingsfeindlich verstanden werden.



7. April

Ein ehrenamtlicher Helfer im Ankunftszentrum Tegel berichtete, dass immer wieder Sicherheitsleute und Polizeikräfte eingesetzt wurden, wenn Familien vorgefragt wurden, die als Rom*nja wahrgenommen wurden. Dadurch sei eine beängstigende Atmosphäre sowohl für ihn als auch für die Geflüchteten entstanden.

7. April

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu einer antiziganistisch motivierten Diskriminierung. Eine Familie wollte sich registrieren lassen, um in Berlin zu bleiben. Der Familienvater befand sich in einem Berliner Krankenhaus und es war nicht absehbar, wann er entlassen werden würde. Die familiäre Bindung stellt eine rechtliche Grundlage für eine Verteilung nach Berlin dar. Obwohl Dokumente vom Krankenhaus und vom Bezirksamt Mitte (über die Zuweisung in eine Unterkunft) vorgelegt wurden, wurden diese von LAF-Mitarbeitenden als unzureichend eingestuft. Durch das diskriminierende Verhalten wurde der bürokratische Prozess verzögert, was zum Verlust der Unterbringungsmöglichkeit führte. Die Mitarbeitenden verweigerten der Familie außerdem die Unterstützung durch einen Dolmetscher.

★ 13. April

In Reinickendorf-Ost wurden zwei Männer schwulenfeindlich beleidigt und anschließend zwei Frauen angegriffen, die sich eingemischt hatten. Die beiden 59 und 83 Jahre alten Frauen beobachteten gegen 17:50 Uhr auf dem Bahnsteig des U-Bahnhofes Franz-Neumann-Platz, wie eine Gruppe von sechs bis

sieben männlichen Jugendlichen ein homosexuelles Pärchen, das auf einer Bank saß, schwulenfeindlich beleidigte. Die Frauen forderten die Jugendlichen auf, die beiden Männer in Ruhe zu lassen. Mehrere Jugendliche traten die Frauen daraufhin und bespuckten sie, wobei beide leicht an den Beinen verletzt wurden. Die Jugendgruppe flüchtete. Der Staatsschutz ermittelte.

19. April

An der Bushaltestelle Rotbuchenweg in Wittenau wurde an einem Mülleimer ein Sticker mit der Aufschrift „Nazi Kiez“ bemerkt und entfernt.

27. April

Vor dem Grundstück eines jüdischen Eigentümers in Waidmannslust wurde eine Hecke aus antisemitischen Motiven angezündet. In der Nachbarschaft ist bekannt, dass mehrere Bewohner*innen des Hauses jüdisch sind. . Nachdem die Polizei zunächst eine Brandstiftung angezweifelt hatte, wurde bei weiteren Ermittlungen festgestellt, dass die Hecke tatsächlich angezündet wurde.

Antiziganismus

Antiziganismus ist ein Fachbegriff für den Rassismus gegenüber Menschen, die als Sinti*zze oder Rom*nja wahrgenommen werden. Die Auswirkungen des Antiziganismus reichen von inneren Vorbehalten über offene Ablehnung, Ausgrenzung, Vertreibung, physischer Gewalt bis zur systematischen Vernichtung von Sinti*zze und Rom*nja im Nationalsozialismus.

Quelle: Gesellschaft für Antiziganismusforschung

29. April

In Reinickendorf wurde eine Person von zwei Männern aus queerfeindlichen Motiven angeschrien und in die Ecke gedrängt. Ein Begleiter der beiden griff ein, worauf die Männer von der betroffenen Person abließen und weitergingen.

30. April

Eine Sprachmittlerin, die im April für eine Reinickendorfer Behörde arbeitete, war mehrfach mit rassistischen Äußerungen konfrontiert. Personen, die sie übersetzen sollte, äußerten sich abwertend über nicht-slawische, Schwarze und syrische Geflüchtete. Die Übersetzerin war selbst von den Abwertungen betroffen und verwahrte sich dagegen, sie ins Deutsche zu übersetzen.

MAI 2022

3. Mai

Als Am Ankunftscenter Tegel kamen um 3 Uhr nachts mehrere Familien an. Sie wurden von Anwesenden als Rom*nja wahrgenommen, direkt von Sicherheitskräften im Ankunftscenter eingekesselt und wie Kriminelle behandelt. Eine junge Mutter mit kleinem Baby im Kinderwagen wollte aus dem Kessel der Sicherheitskräfte raus und zur Zeltwand, wo heiße Luft reingepumpt wurde. Es war sehr kalt und sie wollte sich und das Kind aufzuwärmen. Dies wurde ihr jedoch verweigert. Außerdem wurde ihnen gesagt, sie sollten verschwinden und den nächsten Bus zum Hauptbahnhof nehmen. Eine Helferin berichtete, dass es vor Ort häufig zu Diskriminierungsfällen gegen Rom*nja komme.

4. Mai

Ein Schüler einer Reinickendorfer Oberschule wurde von einem Mitschüler gefragt, aus welchem Land er komme, und anschließend beleidigt. Das genaue Datum ist unbekannt.

11. Mai

In der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung wurden zwei ältere Anträge der AfD-Fraktion gegen neue Unterkünfte für Geflüchtete auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik diskutiert. Im Februar 2020 hatte die Fraktion gefordert, das Bezirksamt solle sich dafür einsetzen, dass „keine

weiteren Asylbewerberunterkünfte in Ballungsräumen in Reinickendorf eingerichtet werden.“ Die Altbauten Haus Nr. 6 und 22 seien aus Denkmalschutzgründen nicht für eine Unterbringung geeignet, außerdem würde „die zusätzliche dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen neben dem Ankunftscenter auf diesem Gebiet den Ortsteil Witte- nau übermäßig belasten“. Im September 2021 hatte die Fraktion gefordert, das Bezirksamt solle sich gegen die Beschlagnahme der sogenannten Sternhäuser auf dem Gelände zur Unterbringung wehren und Druck auf den Senat ausüben „die deutlich angestiegene Anzahl von Asylbewerbern in andere, bereits bestehende Unterkünfte unterzubringen“. In beiden Anträgen wurde betont, das Gelände würde zur Schaffung von Wohnraum benötigt. In der Diskussion griff ein AfD-Politiker dieses Argument auf und behauptete, es gebe in Reinickendorf „keine passenden Möglichkeiten für den Bau weiterer modularer Unterkünfte für Flüchtlinge“ und durch ein konsequenteres Abschieben würden „genügend freie Plätze in bestehenden Unterkünften“ frei. Angesichts steigender Zahlen von Geflüchteten aus der Ukraine und einer akuter werdenden Wohnungsnot bot die Fraktion also keine Lösungsvorschläge für die Unterbringung der Menschen. Beide Anträge und die Diskussionsbeiträge sind daher als flüchtlingsfeindlich zu verstehen.

18. Mai

Im Mai äußerte sich die Schulleitung einer Reinickendorfer Oberschule gegenüber einer Sozialarbeiterin abwertend über den Wunsch eines trans Schülers, mit neuem Namen angesprochen zu werden. Nach einem Gespräch mit Schulsozialarbeiter*innen wurde die Schulleitung dem Wunsch gegenüber etwas offener.

22. Mai

In einer privaten Reinickendorfer Facebook-Gruppe äußerte sich eine Person abwertend über das Hissen der Regenbogenfahne vor dem Rathaus.

22. Mai

In der Amendestraße in Reinickendorf-Ost ritzen





Unbekannte neben der Tür zu einem Wohnhaus Hakenkreuze und den Buchstaben Z in ein frisch verputztes Fundament. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar des Jahres drückte das Z-Symbol in Russland die Zustimmung zum Krieg aus. In Deutschland tauchte das Symbol seitdem regelmäßig in Kombination mit Hakenkreuzen auf. In der Amendestraße wurden bereits zuvor Hakenkreuze in Wände gekratzt.

25. Mai

In Reinickendorf-Ost wurden zwischen Schäfersee und Residenzstraße sowie an der Ecke Ritterlandstraße und Residenzstraße etwa ein Dutzend Flyer der „Deutschen Patrioten mit Migrationshintergrund“ entfernt, die an Laternen und Bushaltestellen geklebt worden waren. Auf der Internetseite dieser Gruppierung wird das Konzept des Ethnopluralismus propagiert.



27. Mai

An einer Laterne in der Nähe der U-Bahn-Station Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik wurde ein Aufkleber von „Freie Geister 4Gs“, einer Gruppe aus dem Spektrum der extrem rechten Gegner*innen der Anti-Corona-Maßnahmen, bemerkt und entfernt.

28. Mai

In der Waldstraße in Reinickendorf-West wurde auf einem Container für Kleiderspenden ein transfeindlicher Aufkleber bemerkt. Der Aufkleber enthielt lediglich folgende Definition: „woman / noun / adult human female.“ Ähnliche Texte, die in Form von Lexikoneinträgen daher kommen und somit universelles Wissen beanspruchen, wurden in transfeindlichen Kreisen verwendet. Sie suggerieren, dass es bei Menschen zwei natürliche Geschlechter gäbe und sprechen Transpersonen ihre Selbstbestimmung ab.

JUNI 2023

10. Juni

Auf der Anzeigetafel der Bushaltestelle Konzer Platz in Frohnau wurden zwei Aufkleber eines Neonazi-versands bemerkt. Sie richteten sich gegen Booster-Impfungen gegen das Corona-Virus und stellten Gesundheitsminister Lauterbach als tödliche Bedrohung dar, indem sein Gesicht mit dem Symbol für Giftstoffe kombiniert wurde.

14. Juni

Gegen 19:30 Uhr wurde eine Person vor dem „House of Queers“ im Märkischen Viertel von einem etwa 14-Jährigen schwulenfeindlich beleidigt.



16. Juni

Gegen 17 Uhr spielten vier Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren im Senftenberger Ring im Märkischen Viertel. Eine Frau und ein Mann näherten sich der Gruppe zu Fuß und äußerten gegenüber den Kindern mehrere rassistische Beleidigungen. Die Frau spuckte anschließend nach den Kindern und traf zwei von ihnen. Beide entkamen, bevor die Polizei eintraf. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelte.

17. Juni

Anlässlich des Jahrestages des Aufstands vom 17. Juni 1953 in Berlin inszenierten Anhänger*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ an verschiedenen Stellen in Berlin Gedenkaktionen. Nach eigenen Angaben waren sie dafür auch in Reinickendorf.

21. Juni

Aktivist*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ fotografierten sich in Reinickendorf-Ost, wie sie Kleiderspenden in ein Spendenkaufhaus trugen. In der Online-Dokumentation dieser kleinen Aktionen kritisierten sie die soziale Ungleichheit in Deutschland und inszenierten sich als Akteure, die sich für die sozial Schwachen einsetzen. Der Ausschluss aller vermeintlichen Nicht-„Deutschen“ von dieser Hilfsbereitschaft wird dabei immer impliziert.

25. Juni

Ein Artikel im „Blauen Boten“ vom Frühjahr schürte flüchtlingsfeindliche Ressentiments gegen nicht-weiße und muslimische Flüchtlinge. Der „Blaue Bote“ ist eine Werbezeitschrift des AfD Bezirksverband Reinickendorf. Ukrainische Geflüchtete und die Hilfsbe-

reitschaft ihnen gegenüber wurden in der Ausgabe gelobt: „Die Ukraineflüchtlinge sind Flüchtlinge aus unserer Nachbarschaft. Sie verschleiern nicht ihre Identität. Sie gehören zur christlich-europäischen Kultur.“ Auch andere Flüchtlinge aus der Ukraine wurden erwähnt, die „vom Aussehen her wohl eindeutig keine Ukrainer sind“. Dadurch wurde implizit ein Gegensatz zwischen vermeintlich weißen guten ukrainischen Flüchtlingen und betrügerischen, muslimischen bzw. nicht-weißen Flüchtlingen aufgemacht, die nicht schutzbedürftig seien. Exemplare der Zeitung wurden von Unbekannten u. a. in einem Supermarkt in Tegel-Süd ausgelegt.

JULI 2022

4. Juli

In Reinickendorf-West wurde eine Person von einem Passanten homo- und transfeindlich beleidigt.

5. Juli: An einer Bushaltestelle und an einem Briefkasten in der Waldstraße in Reinickendorf-West wurden Aufkleber von „Freie Geister 4Gs“, einer Gruppe aus dem Spektrum der extrem rechten Gegner*innen der Anti-Corona-Maßnahmen, bemerkt.



11. Juli

Am Nachmittag wurde eine Familie in der Teichstraße in Alt-Reinickendorf rassistisch beleidigt. Die Eltern und ihre beiden Kinder saßen im Auto, als eine 53-jährige Frau herantrat und sie rassistisch beleidigte. Als der betroffene Vater die Frau zur Rede stellte, lief diese weg. Er folgte und wurde von ihr mit Desinfektionsspray besprüht.

15. Juli

Ein*e Mitarbeiter*in der Sozialen Wohnhilfe in Reinickendorf bezeichnete eine Klientin einer Beratungsstelle mehrmals mit dem Z-Wort und wollte ihr eine Unterkunft zuweisen, in der katastrophale, unhygienische Zustände herrschten. Die Klientin lehnte diese Zuweisung daher ab.

29. Juli

Drei junge Männer, darunter ein schwules Paar, wurden in der U-Bahn von einem anderen Fahrgast aus rassistischen und queerfeindlichen Motiven beleidigt. Unter anderem ahmte er das Pärchen mit queerfeindlicher Mimik nach. Der Mann trug eine Glatze und zeigte den Hitlergruß. Die Betroffenen fühlten sich von ihm bedroht und bezeichneten ihn

als Nazi. Die übrigen Fahrgäste solidarisierten sich jedoch nicht mit ihnen sondern kritisierten die Nazi-Bezeichnung.

29. Juli

An einem Briefkasten am Konzer Platz in Frohnau wurde ein rassistischer Aufkleber bemerkt. Er enthielt die Behauptung, es gäbe einen Genozid an der weißen Bevölkerung und den Slogan „white lives matter“. Hintergrund solcher Schlagworte ist die rassistische Verschwörungserzählung, die weiße Bevölkerung Europas werde gezielt durch Zuwanderung vernichtet.

29. Juli

Mitarbeiter*innen des Ankunftsentrums Tegel verweigerten einem Schwarzen Mann die Registrierung. Sie begründeten dies damit, dass er einige Dokumente in fotografiertem Form vorzeigen konnte. Normalerweise galt dieser Umstand im Ankunfts-zentrum jedoch nicht als Hindernis, wenn die Person ihren Ausweis im Original vorzeigte. Darüber hinaus weigerten sich die Mitarbeitenden, mit ihm auf Englisch zu sprechen.



30. Juli

In der Buddestraße in Tegel wurden Aufkleber bemerkt, die „Nein zum Impfzwang!“ forderten und Werbung für den neuen österreichischen TV-Sender „Auf1“ machten. Der Sender verbreitet u. a. antisemitische Verschwörungsmuthe.

AUGUST 2022

1. August

Im Sozialamt Reinickendorf kam es zu einer antiziganistisch motivierten Verweigerung von Leistungen. Eine obdachlose rumänische Familie stellte einen Antrag auf Unterbringung nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG). Diese wurde vom zuständigen Sozialamt rechtswidrig verweigert. Zum Schutz der Betroffenen wurde das Datum des Vorfalls anonymisiert.

4. August

Ein 34-jähriger Busfahrer beobachtete gegen 23 Uhr, wie eine Person an der Haltestelle S-Bahnhof Froh-



nau hinter dem Bus herrannte, nachdem er bereits angefahren war. Er hielt an und eine Frau stieg ein und setzte sich. Kurz vor der Haltestelle Im Amseltal begab sie sich nach seinen Angaben in den vorderen Bereich des Busses und beleidigte ihn rassistisch. Sie spuckte in seine Richtung, traf ihn jedoch aufgrund der Kabinenscheibe nicht. An der nächsten Station schlug sie gegen die Tür und flüchtete. Die Polizei ermittelte wegen des Verdachts der Beleidigung.

9. August

Am Mauerradweg an der Grenze von Reinickendorf und Brandenburg wurde ein rassistischer Aufkleber der extrem rechten Organisation „Ein Prozent“ bemerkt. Auf Arabisch und Deutsch wurden Migrant*innen darauf aufgefordert, Deutschland zu verlassen.

11. August

Eine Schülerin einer Reinickendorfer Oberschule berichtete, dass ihre Nachbar*innen sich regelmäßig rassistisch äußerten. Als sie versuchte, mit ihnen darüber zu diskutieren, sangen sie aus Trotz rassistische Lieder und behaupteten „Früher durfte man das noch.“ Das genaue Datum des Vorfalls ist nicht bekannt.

12. August

Im Ankunftszentrum Tegel wurde eine Schwarze Person aufgrund ihrer Hautfarbe vom Sicherheitspersonal diskriminiert. Die betroffene Person war Mitarbeiterin eines Projektes zur Unterstützung Schwarzer geflohener Menschen aus der Ukraine. Gemeinsam mit ihren Kolleg*innen wurde sie von Mitarbeitenden durch das Ankunftszentrum geführt. Als sie während der Führung etwas von der Gruppe entfernt stand, wurde sie von einer Person des Sicherheitspersonals aufgefordert, sich in den Bereich für die Registrierung zu begeben. Obwohl sie erklärte, dass sie zum Team gehörte, bestand die Sicherheitsperson solange auf der Anweisung bis ihre Kolleg*innen einschritten. Die weißen Kolleg*innen der betroffenen Person wurden nicht vom Sicherheitspersonal angesprochen.

14. August

Eine Regenbogenfahne, die im Garten einer Kita im Märkischen Viertel hing, wurde von Unbekannten

vom Fahnenmast geholt und zerschnitten. Die Kita musste immer wieder neue Fahnen kaufen. Im Jahr 2022 wurde die Fahne noch mehrere Male zerstört. Diese Sachbeschädigungen fanden meistens am Wochenende statt.

18. August

In Reinickendorf-Ost wurde eine 34-Jährige und ihr 15-jähriger Sohn aus rassistischen Motiven angegriffen. Gegen 17:30 Uhr kauften die beiden in einem Supermarkt in der Emmentaler Straße ein und unterhielten sich in einer nicht-deutschen Sprache. Die Mutter fühlte sich von einem Mann und einer Frau, die ihr unbekannt waren, beobachtet. Nach Verlassen

des Supermarkts beleidigte die Unbekannte die Mutter rassistisch und frauenfeindlich. Als diese sie aufforderte, sie in Ruhe zu lassen, rannte ihr der Mann hinterher und schlug ihr mit der Faust gegen den Oberarm. Der Sohn ging dazwischen und wurde von dem Mann mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Währenddessen soll der Unbekannte die Mutter weiterhin beleidigt haben. Nachdem Mitarbeiter*innen des Supermarkts dazwischengegangen waren, flüchteten die Angreifer*innen mit einem Auto. Beim Vorbeifahren sollen sie der Mutter massiv gedroht haben.

Die Betroffenen erlitten Blutergüsse am Kopf und Arm. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelte.

22. August

Ein afrikanischer Geflüchteter aus der Ukraine wurde am Ankunftszentrum Tegel rassistisch und homo-feindlich diskriminiert.

27. August

Zwei Personen, die sich in einer Kneipe in Alt-Tegel gegen rassistische Äußerungen wehrten, erhielten keine Hilfe, sondern mussten die Kneipe verlassen. Gegen 23 Uhr hörten sie, wie eine Gruppe weißer Personen das N-Wort benutzten und rassistische Witze über Schokoküsse machten. Als die beiden die Kellnerin zu Hilfe holten, verteidigte diese die Gruppe und sagte, die Wörter seien ein normaler Teil der



deutschen Sprache. Die beiden widersprachen und wurden schlussendlich zum Gehen aufgefordert.

29. August

Ein Schwarzer Mann wurde am Ankunftszentrum Tegel von Polizist*innen rassistisch diskriminiert. Er hatte in der Ukraine studiert und war zu Beginn des Krieges nach Berlin geflohen. Bei seiner Registrierung im Ankunftszentrum nahmen ihm Polizist*innen seinen Ausweis, seine Immatrikulationsbescheinigung und seinen Nachweis über eine befristete Aufenthaltserlaubnis in der Ukraine ab. Sie begründeten dies mit dem Verdacht auf Fälschung der Dokumente.

SEPTEMBER 2022

1. September

Im Jobcenter Reinickendorf kam es zu einer antiziganistisch motivierten Verweigerung von Leistungen. Das Jobcenter lehnte unbegründet Leistungen für einen Klienten ab und forderte stattdessen irrelevante Unterlagen an. Trotz der Vorlage dieser Unterlagen erfolgte kein Beschluss und das Jobcenter meldete sich nicht zurück. Zum Schutz des Betroffenen wurde das Datum des Vorfalls anonymisiert.

LGBTIQ*-Feindschaft

LGBTIQ ist eine englische Abkürzung für verschiedene Menschengruppen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität von Diskriminierung und Angriffen betroffen sind. LGBTIQ steht dabei für Lesbisch, Schwul (englisch: Gay), Bisexuell, Transgender, Intersex und Queer. Das Sternchen steht für weitere mögliche Ausprägungen von Geschlechtlichkeit und Sexualität. Die Regenbogenfahne ist seit den 1970er Jahren ein Symbol der LGBTIQ*-Bewegung.

7. September

In Frohnau wurden mehrere schwarz-weiß-rote Neo-Nazi-Aufkleber bemerkt. Unbekannte hatten sie am Poloplatz auf Schildern des Gartenbauamtes angebracht, wo zuvor bereits ein Aufkleber der Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“ verklebt worden war. Sie

transportierten rassistische Slogans wie „White Lives Matter“ und „Weiss ist bunt genug“. Ein Aufkleber mit dem Text „NS-Zone“ zeigte außerdem durchgestrichene Symbole politischer Gegner*innen, darunter die Black-Lives-Matter-Bewegung, Punks und Kommunist*innen.

9. September

Rund um den S-Bahnhof Frohnau wurden mehrere Aufkleber eines Neonaziversands mit rassistischen Parolen und Kritik an den Corona-Schutzmaßnahmen bemerkt und entfernt.

12. September

Am Barnimer Dörferweg in Lübars wurde ein rassistischer Aufkleber der extrem rechten Organisation „Ein Prozent“ bemerkt und entfernt. Auf Arabisch und Deutsch wurden Migrant*innen darauf aufgefordert, Deutschland zu verlassen.

13. September

An einer Laterne an der Kreuzung von Auguste-Victoria-Allee und Ollenhauerstraße in Reinickendorf-West wurde ein rassistischer Aufkleber bemerkt, der auf den Farben der deutschen Nationalflagge den Slogan „Deutschland zuerst“ zeigt.



14. September

Mehrere Schülerinnen einer Oberschule in Wittenau, darunter auch eine Schwarze Schülerin, berichteten, dass unterschiedliche Lehrer das N-Wort benutzen und sich bei Kritik daran auf Meinungsfreiheit und eine vermeintlich antirassistische eigene Haltung beriefen. Ein Lehrer behauptete, er wüsste als schwuler Mann besser, wie von Rassismus betroffene Menschen auf diskriminierende Sprache reagieren sollten. Ein Lehrer rechtfertigte außerdem im Unterricht sexuelle Übergriffe. Die genauen Daten der Vorfälle sind nicht bekannt.

16. September

Wieder wurden an einem Briefkasten am Konzer Platz in Frohnau mehrere Neonazi-Aufkleber bemerkt. Mit Parolen wie „NS-Zone“, „White Power“ und „Deutschland Deutschland über alles“ transportierten sie nationalistische, rassistische und NS-verherrlichende Inhalte.



21. September

In Frohnau wurde die Sommerausgabe des „Blauen Bote“ verteilt, nun als Werbezeitung des AfD-Landesverbands Berlin. Das Editorial enthielt die Aussage, „im Unterschied zu 2015 handelt es sich bei ihnen [den geflüchteten Ukrainer*innen] tatsächlich um Kriegsflüchtlinge.“ Diese Aussage kann so interpretiert werden, dass die Personen, die damals zuwanderten, sich ihren Flüchtlingsstatus erschlichen hätten, und schürte damit Rassismus gegen nicht-weiße Migrant*innen.



21. September

Unbekannte sprühten ein Hakenkreuz an die Außenwand eines Geschäfts am Ludolfingerplatz unweit des S-Bahnhofs Frohnau.

23. September

In Reinickendorf ereignete sich ein rassistischer Vorfall. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

25. September

In der Facebook-Gruppe „Mein Reinickendorf“ verbreitete eine Person aus dem Umfeld der Bürgerinitiative „Kein MUF am Paracelsusbad“ Gerüchte über den geplanten Bau einer Mobilen Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) auf dem Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik-Gelände und kündigte „Widerstand“ dagegen an. In den Kommentaren äußerte sich eine andere Person abwertend über Geflüchtete. Die Gruppe dient seit Jahren als Forum für flüchtlingsfeindliche Beiträge.

OKTOBER 2022

4. Oktober

Ein 50-jähriger Mann wartete in Anwesenheit von weiteren Passant*innen an einer Ampel. Ein unbekannter Mann kam ihm entgegen und stieß ihn unvermittelt mit seiner Schulter gegen die Schulter. Durch die Stärke des Stoßes stürzte der 50-Jährige zu Boden und verletzte sich. Der Angreifer lief weiter, drehte sich um und beleidigte den Betroffenen rassistisch.

5. Oktober

Anfang Oktober verschickten Corona-Leugner*innen berlinweit handschriftliche Drohschreiben an Schulen. Befürworter*innen von Schutzmaßnahmen gegen das Virus wurden als „Corona-Nazis“ beschimpft und mit Körperverletzung und Mord bedroht. Insgesamt waren 34 Schulen betroffen, darunter auch eine Oberschule in Reinickendorf.

Strukturelle Diskriminierung

Als strukturelle Diskriminierung werden Vorfälle gefasst, bei denen die Diskriminierung von Behörden oder Institutionen ausgeht. Beispielsweise Racial Profiling, Benachteiligung durch Lehrer*innen, Arbeitgeber*innen, Ärzt*innen, Jugendamt, Jobcenter, Standesamt, Gesundheitsamt oder diskriminierende Auswahlkriterien für Mieter*innen bei der Wohnungsvergabe. Die Berliner Register erfassen solche Vorfälle seit 2020 als strukturelle Diskriminierung.

7. Oktober

An mehreren Hauseingängen in der Wesendorfer und Treuenbrietzener Straße sowie im Senftenberger Ring im Märkischen Viertel wurden in der ersten Oktoberwoche rassistische Aufkleber angebracht. „Rentner“ wurden darin aufgefordert, ins Pflegeheim umzuziehen, damit ihre Wohnungen an „Flüchtlinge“ vermietet werden können. Die Aufkleber erweckten den Eindruck, als würde die Hausverwaltung geflüchtete Menschen gegenüber deutschen Rentner*innen bevorzugen. Dieses Vor-

gehen entspricht einer neueren Strategie der extremen Rechten, vermeintlich linke Positionen so zu verfremden, dass sowohl Hass gegen Minderheiten als auch gegen menschenrechtsorientierte Politik geschürt wird.

10. Oktober

An einer Oberschule in Reinickendorf sagte eine pädagogische Fachkraft im Oktober zu einem Kind, das sich als trans geoutet hatte: „Streng dich erstmal richtig an, bevor ich ‚er‘ zu Dir sage.“

13. Oktober

Sozialarbeiter*innen einer Grundschule im Märkischen Viertel berichteten, dass sich ein großer Teil der Lehrkräfte und Erzieher*innen regelmäßig stereotyp und abwertend über Schüler*innen mit zugeschriebener Migrationsgeschichte äußere. Dies geschah in Konfrontationen mit den Schüler*innen und in Gesprächen mit Kolleg*innen. Beispielweise unterstellte eine Lehrerin einem ruhigen muslimischen Jungen, besonders respektlos und bedrohlich zu sein und stärker als andere zu stören, was die Sozialarbeiter*innen nicht bestätigen konnten. Ein Erzieher behauptete pauschal, afrikanische Familien würden ihre Kinder schlagen. In einem anderen Fall äußerte eine pädagogische Fachkraft gegenüber einem Kind: „Das kannst Du in deinem Heimatland machen, aber nicht hier.“

19. Oktober

Vor der Geschäftsstelle des Kreisverbands von Bündnis 90 / Die Grünen in Tegel fand ein Parteimitglied am Morgen einen Zettel mit einer Morddrohung. Angesichts vorheriger Anschläge gegen Grünen-Büros in Reinickendorf im Vorjahr und der Tatsache, dass die Grünen und ökologische Politik generell zunehmend in den Fokus der extremen Rechten geraten, ist davon auszugehen, dass die Urheber*innen in diesem Spektrum zu verorten sind.

21. Oktober

Sozialarbeiter*innen einer Grundschule im Märkischen Viertel berichteten, dass sich Schüler*innen regelmäßig abwertend über Homosexualität äußerten und „gay“ und „schwul“ als Schimpfwörter benutzten.

28. Oktober

Ein 29-jähriger ukrainischer Flüchtling wurde am Kurt-Schumacher-Platz in Reinickendorf schwulen-

feindlich beleidigt und angegriffen. Beim Einkaufen in einer Drogerie bemerkte der junge Mann, der eine Mütze mit ukrainischem Wappen trug, zunächst, wie ihm zwei russisch-sprachige Männer folgten und ihn als „Schwuchtel aus der Ukraine“ beschimpften. Als er das Duo konfrontierte, beleidigten sie ihn weiter schwulenfeindlich und anti-ukrainisch. Auch Morddrohungen sollen gefallen sein. Schließlich griff der hauseigene Sicherheitsdienst ein und bat die aggressiven Männer, den Laden zu verlassen. Hinter der Kasse warteten die beiden Männer jedoch auf den Betroffenen. Als er versuchte, die beiden zu filmen, schlugen sie ihn mit Faustschlägen zu Boden, so dass er kurzzeitig bewusstlos wurde. Er erlitt Prellungen im Gesicht und eine Verletzung an einem Finger. Die Täter flüchteten und der 29-Jährige musste im Krankenhaus behandelt werden.



NOVEMBER 2022

1. November

Ein Schwarzes Kind, das die zweite Klasse einer Grundschule im Märkischen Viertel besuchte, berichtete gegenüber Sozialarbeiter*innen, dass andere Kinder auf dem Spielplatz nicht mit ihm spielen dürften. Der genaue Tag des Vorfalls ist nicht bekannt.

7. November

Eine Lehrerin einer Grundschule im Märkischen Viertel wurde von einer Gruppe Schüler*innen beleidigt, weil sie humpelte. Das Datum des Vorfalls ist unbekannt. Wie Mitarbeiter*innen der Schule berichten, beschimpfen sich Schüler*innen dort regelmäßig auch untereinander behindertenfeindlich. Die Schule wird auch von vielen Kindern mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen besucht.

8. November

An der Ecke von Tegernauer Zeile und Titiseestraße in Waidmannslust wurde ein homofeindlicher Aufkleber der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ mit der Parole „Homopropaganda stoppen!“ bemerkt.



9. November

In einer Schule im Ortsteil Reinickendorf äußerten sich mehrere Lehrkräfte transfeindlich gegenüber Schüler*innen.

9. November

In der Bezirksverordnetenversammlung schürten AfD-Politiker Ressentiments gegen muslimische Männer und Geflüchtete. Die AfD-Fraktion brachte einen Beschlussvorschlag ein, in dem „steigende Gewalt gegen Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes“ festgestellt wurde. Außerdem wurde gefordert, die „Tätergruppen und die Ursachen“ müssten „schonungslos aufgeklärt“ werden. In der Debatte verortete ein AfD-Mitglied die Ursache v. a. bei muslimischen Männern. Er reproduzierte damit die Zuschreibungen von Polizist*innen, mit denen er angeblich gesprochen habe. In der Diskussion um den Bau einer Unterkunft für Geflüchtete am Paracelsusbad, erkundigte sich ein anderes Mitglied der AfD-Fraktion, ob sich das Bezirksamt mit aller Kraft dagegen wehren werde, dass dort eine Unterkunft entstehe. In den vorangegangenen Jahren hatte sich die AfD Reinickendorf immer wieder gegen den Zugang von Geflüchteten in den Bezirk ausgesprochen. Die Frage kann in diesem Zusammenhang also als Ausdruck der generellen Ablehnung einer Unterbringung von Geflüchteten im Bezirk verstanden werden.

13. November

Aktivist*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ legten am Volkstrauertag auf verschiedenen Friedhöfen in Berlin und Brandenburg Blumen ab und stellten Grabkerzen mit ihrem Logo auf. In Rei-

nickendorf betraf das einen Gedenkstein, der an die Toten des Zweiten Weltkriegs erinnert.

14. November

An einer Grundschule im Ortsteil Reinickendorf wurden besonders Schwarze Kinder von anderen Schüler*innen beleidigt, wie eine Lehrerin berichtete. Andere Gruppen waren auch von Diskriminierung betroffen, ihnen fehlten nach Einschätzung der Pädagogin jedoch die Begriffe, um ihre Erfahrungen in Worte zu fassen und den Pädagog*innen mitzuteilen.

14. November

Die Mitarbeiterin eines freien Trägers in Tegel verweigerte einem frisch aus der Haft entlassenen Schwarzen Mann aus flüchtlingsfeindlichen Motiven die notwendige Unterstützung. Aufgrund eines Abprachefehlers zwischen Gefängnis und des für die Übergangsbegleitung von Entlassenen zuständigen Trägers hatte der Betroffene im Anschluss an seine Entlassung keinen Termin bei dem Träger. Da er körperlich eingeschränkt ist, konnte er seinen Aufenthaltsstatus bei der Ausländerbehörde nicht alleine klären, was Folgen für seine Ansprüche auf Krankenversicherung und Unterbringung nach sich zog. Er ist dringend auf Medikamente angewiesen. Die zuständige Mitarbeiterin weigerte sich, den Fall kurzfristig zu übernehmen. Am Telefon äußerte sie sich pauschal abwertend über Migrant*innen und unterstellte dem Betroffenen, zu faul zu sein, um selbständig zu den Behörden zu gehen. Auf die Vorhaltung einer ehrenamtlichen Unterstützerin, der Betroffene sei jetzt ohne Unterkunft, antwortete sie: „Dann rutscht der dann halt in die Obdachlosigkeit ab“.



14. November

Quer über eine Privatstraße durch die Siemens Siedlung HoKa IV im Süden Tegels wurde ein neuer Zaun errichtet. Der Zaun ist durch einen engen Durchgang für Fußgänger*innen passierbar, jedoch nicht für Personen, die auf Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind. Gehbeeinträchtigte Personen werden somit diskriminiert.

15. November

Ein afrodeutscher Mann, der an einer Bushaltestelle in Borsigwalde wartete, wurde von einem Unbekannten rassistisch angepöbelt. Ein Fahrradfahrer machte im Vorbeifahren den Hitlergruß und spuckte in seine Richtung.

17. November

Sozialarbeiter*innen einer Grundschule im Märkischen Viertel berichteten, dass sich die Schüler*innen der 3. bis 6. Klassen mindestens seit dem Sommer regelmäßig rassistisch beleidigten. Betroffen waren Kinder mit arabischer Muttersprache und Schwarze Kinder. Schwarze Kinder wurden von anderen Kindern mit dem N-Wort und auf ihr Aussehen anspielende Gesten beleidigt.

17. November

Am Eingang zum U-Bahnhof Rathaus Reinickendorf wurde ein Aufkleber eines Neonazi-Versandhandels aus Steglitz-Zehlendorf bemerkt und überklebt.

20. November

In Reinickendorf-Ost wurde eine Person aus queerfeindlicher Motivation beleidigt.

21. November: An einer Oberschule in Reinickendorf äußerten sich Schüler*innen regelmäßig anti-muslimisch und frauenfeindlich.

22. November

An einer Grundschule im Ortsteil Reinickendorf äußerten sich viele Lehrkräfte im Lehrer*innenzimmer abwertend über Schüler*innen mit Migrationsgeschichte. Sie behandelten diese Kinder als fremd und nicht-zugehörig, indem sie über für sie schwer auszusprechende Nachnamen lästerten („ist ja auch egal wie sie alle heißen“) oder anstelle des Namens der Kinder ihre vermeintliche Nationalität nannten („die kleine Vietnamesin“). Außerdem schrieben sie Kindern aufgrund ihrer Herkunft pauschal Charakteristika zu. Nach Einschätzung einer Pädagogin be-

kräftigen sich die Lehrkräfte so gegenseitig in ihren Vorurteilen und diskriminierendem Sprachgebrauch.

23. November

In der Hausotterstraße im Ortsteil Reinickendorf wurden Aushänge bemerkt, die die Polizei auf der Suche nach Zeug*innen einer Gewalttat aufgehängt hatte. Die jugendlichen Tatverdächtigen wurden darin als „südländisch“ beschrieben. Dabei handelte es sich um eine rassistische Zuschreibung.

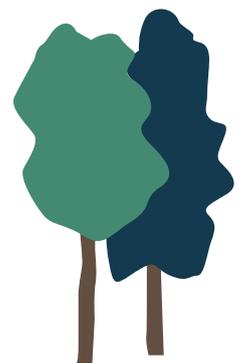
DEZEMBER 2022

31. Dezember

Ende Dezember verteilten Aktivist*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ in verschiedenen Wohngebieten, u. a. in Tegel, Flugblätter.

31. Dezember

Im Kontext des Wahlwiederholungs-Wahlkampfes veröffentlichte die AfD Reinickendorf im Dezember auf ihrem Telegram-Kanal vermehrt flüchtlingsfeindliche Beiträge. Geflüchtete Menschen wurden darin als Belastung für die Sozialsysteme und als Kriminelle dargestellt.



Impressum

Herausgeber:in:

Projektkoordination
Register Reinickendorf

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen,
Vielfalt & Stadtentwicklung
Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C
10247 Berlin

Email: register-rd@stiftung-spi.de

Telefon: 01520.282 45 37

Twitter: @RegisterRD

Instagram: [register.reinickendorf](https://www.instagram.com/register.reinickendorf)

Web: www.berliner-register.de/register/reinickendorf/
www.stiftung-spi.de/service/projekte/detail/register-rd

Layout: Marike Bode

Juni 2023

Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	



Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung



